

Aussprache: Brauckmeyer: Das Eingehen der zellwollenen Decken ist ein rein mechanischer Prozeß unter dem hohen Druck der Walke. Es entsteht keine Filzdecke. Zur Bildung einer Filzdecke bei Mischgeweben muß ein ausreichender Überschuß an Wollfasern vorhanden sein, um genügend Schuß in die Ware und eine gleichmäßige Filzdecke auf die Ware zu bringen. — Sommer bestätigt auf Grund von Erfahrungen des Staatl. Materialprüfungsamtes die geringen Unterschiede im elastischen Verhalten zwischen reinwollenen Geweben und Mischgeweben.

Dr. W. Frey, Freiburg: „*Neue Erfahrungen mit der Acetat-Zellwolle.*“

An Hand der Daten von Fink¹⁾, der Leipziger Wollkämmerei u. a. werden die Eigenschaften der verschiedenen Zellwollen besprochen. Günstig bei Acetat-Zellwolle sind die geringe Saugfähigkeit, das gute Warmhaltungsvermögen, das angenehme Tragen, das geringe Anschmutzen und die bessere Möglichkeit der Kräuselung; ungünstig sind Reißfestigkeit, Knickfestigkeit, das färberische Verhalten und die hohen Gestehungskosten. Vortr. geht auf die Herstellung spinngefärbter Flocken ein, die den zahlreichen scharfen Echtheitsansprüchen genügen. Ein anderer Weg, durch Beseitigung der Färbeschwierigkeiten die Acetat-Zellwolle der Streichgarnindustrie zugänglich zu machen, besteht in der oberflächlichen alkalischen Verseifung der Acetatfaser, die so schnell verläuft, daß die Wolle nicht geschädigt wird; auch Trockenfestigkeit und Dehnung der Acetatfaser bleiben hierbei unverändert. Die Carbonisierungsbeständigkeit der Acetat-Zellwolle steigt mit dem Essigsäuregehalt.

Aussprache: Brauckmeyer warnt vor der allgemeinen Verwendung der Acetat-Zellwolle als Zusatz zu Streichgarnen.

¹⁾ Vgl. diese Ztschr. 48, 493 [1935].

weil Acetatseide nicht ohne weiteres carbonisierbar ist und daher bei späterer Verwendung der getragenen Stücke als Reißwolle Schwierigkeiten auftreten können.

Dr.-Ing. A. Krantz, Aachen: „*Prinzipiellès über das Trocknen von Wolle in allen Aufmachungen.*“

VEREINE UND VERSAMMLUNGEN

Außeninstitut der Technischen Hochschule Berlin und Verband Deutscher Elektrotechniker.

Vortragsreihe

Neueres über Wahrscheinlichkeiten und Schwankungen im Hörsaal E. B. 301 der Technischen Hochschule.

Aus dem Programm:

1. **Vortrag**, 13. Januar 1936: Dr. M. Czerny, Professor an der Universität Berlin: „*Grundbegriffe und Gesetze der Wahrscheinlichkeiten und Schwankungen.*“
2. **Vortrag**, 20. Januar 1936: Oberg. K. Franz, Berlin-Siemensstadt: „*Wahrscheinlichkeit in der Fertigungsüberwachung.*“
3. und 4. **Vortrag**, 27. Januar und 3. Februar 1936: Dr.-Ing. Lubberger, Professor an der Technischen Hochschule Berlin: „*Beobachtungen, Vorschriften und Theorie der Schwankungen im Fernsprecheverkehr.*“
5. **Vortrag**, 10. Februar 1936: Dr. J. Bartels, Professor an der Forstlichen Hochschule Eberswalde: „*Verborgene periodische Erscheinungen.*“
6. und 7. **Vortrag**, 17. und 24. Februar 1936: Dr. R. Becker, Professor an der Technischen Hochschule Berlin: „*Das Auftreten von Wahrscheinlichkeitsgesetzen und Schwankungsercheinungen in der Physik.*“

GESETZE, VERORDNUNGEN UND ENTSCHEIDUNGEN

Zur Wirtschaftswerbung. Der Werberat der deutschen Wirtschaft weist darauf hin, daß nicht nur die Werbung mit noch nicht rechtskräftigen Urteilen unstatthaft ist, sondern daß auch rechtskräftige Urteile nicht benutzt werden dürfen, den Mitbewerber herabzusetzen. Wenn in einzelnen Fällen die Veröffentlichung eines Erkenntnisses erforderlich sein sollte, um unwahre Nachrichten zu bekämpfen, so ist der Werberat um Prüfung und Genehmigung anzugehen. Entscheidungen, in denen eine Befugnis zur Bekanntgabe ausgesprochen ist, können natürlich in dem vom Gericht gezogenen Rahmen veröffentlicht werden¹⁾. [GVE. 90.]

Werbungskosten bei Hochschullehrern. Die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer sind bei Hochschullehrern grundsätzlich als Werbungskosten im Sinne des Einkommensteuergesetzes anzusehen (Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 28. August 1935 VI A 462/35, Jur. Wochenschr. 1935, S. 2784⁸⁹). — Bei Beamten anderer Stellungen ist gleiches nicht anerkannt worden (Entscheidung des Reichsfinanzhofes vom 28. November 1934 VI A 924/34, Jur. Wochenschr. 1935, S. 449⁸). [GVE. 82.]

Sachverständigengebühren. Durch die Vorschrift des § 17 Abs. 3 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 21. Dezember 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 471²⁾) wird ein Gebührenanspruch des auf Veranlassung seines Amtes als Sachverständiger vernommenen Beamten nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die Gebühren der Regierungsmedizinalbeamten für ihre Tätigkeit als Sachverständige vor den Verwaltungsgerichten bestimmen sich nach dem preußischen Gesetz, betr. die Gebühren der Medizinalbeamten vom 14. Juli 1909 (Gesetz. S. 625³⁾) [Beschluß des Preuß. Oberverwaltungsgerichtes vom 21. Februar 1935 III ER 89/34, Jur. Wochen-

schr. 1935, S. 2675⁸⁷). — Für beamtete Chemiker dürfte sinngemäß das gleiche gelten⁴⁾. [GVE. 84.]

Sachverständigentätigkeit. Ein Sachverständiger, der schriftlich vernommen worden ist, muß auf Antrag einer Partei zur mündlichen Erläuterung oder Ergänzung seines schriftlichen Gutachtens gemäß §§ 397, 402, 411 der Zivilprozeßordnung vor Gericht erscheinen (Entscheidung des Reichsgerichts vom 6. Mai 1935 IV 10/35, Jur. Wochenschr. 1935, S. 2897⁸⁰). [GVE. 83.]

Aus der Reichsverwaltung. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern vom 12. November 1935 — II d 3115 (Auszug). Mit dem 1. Januar 1936 wird ein **Ministerialblatt** des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern (RM Bl V) erscheinen. Die Veröffentlichung eines Runderlasses in diesem Blatt gilt als unmittelbare Weisung mit verbindlicher Wirkung für alle in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Dienststellen. [GVE. 91.]

Beamtenrechtliches. Im strafrechtlichen Sinne (§ 359 des Strafgesetzbuches) gehören zu den Beamten alle Personen, die im Dienst der öffentlichen Verwaltung (des Reiches, der Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes) stehen. (Urteile des Reichsgerichtes vom 16. Juli 1935 — I D 1303/34 und vom 5. August 1935 — 6 D 126/35.) — Der strafrechtliche Begriff des Beamten geht also viel weiter als der staatsrechtliche. Ersterer umfaßt z. B. unter anderem auch die auf Grund eines Tarifvertrages oder eines Privatdienstvertrages in Behörden und amtlichen Anstalten beschäftigten Chemiker. [GVE. 96.]

Beamtenrechtliches. Der öffentliche Beamte hat keinen Anspruch auf Beförderung. Diese ist als Ausübung der Staatshoheit in das pflichtmäßige Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt. Das gleiche gilt für die Art und Weise, mit der die Behörde prüft, ob ein Beamter geeignet ist, befördert zu werden oder nicht. (Reichsgerichtsentscheidung vom 7. Dezember 1934 — Entsch. Ziv. 146, 369). [GVE. 89.]

⁴⁾ Vgl. *Merres*, Sachverständigengebühren öffentlicher Beamter, diese Ztschr. 43, 978 [1930].

¹⁾ Wirtschaftswerbung 2, 123 [1935].

²⁾ Allgemeines deutsches Gebührenverzeichnis der Chemiker, 6. Aufl., Berlin 1933, Verlag Chemie, S. 80.

³⁾ Ebenda, S. 85 (Anwendung auf Chemiker).

Lebensmittelrechtliches. I. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, betr. Traubensüßmost, vom 11. Oktober 1935 (R.-Gesundh.-Bl. 1935, Nr. 46, S. 977). Zulassung der Schönung mit Ferrocyankalium.

II. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 26. Oktober 1935 — IV B 11166/4235 — betr. fetthaltige Zubereitungen (R.-Gesundh.-Bl. 1935, Nr. 48, S. 1003).

III. Ausbau des Lebensmittelrechts. Von Oberlandesgerichtspräsident i. R. Dr. Holthöfer (Dtsch. Nahrungsmittel-Rundsch. 1935, Nr. 21, S. 170). Der Aufsatz enthält Grundsätzliches über das Verhältnis des Anordnungsrechtes des Reichsnährstandes zum Verordnungsrecht der Reichsregierung. [GVE. 88.]

Lebensmittelpolizeiliches. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, betr. Fettgehalt von Mayonnäse, vom 7. Oktober 1935 — IV B 9063/4237 (R.-Gesundh.-Bl. 1935 Nr. 44 S. 938). Änderung des Runderlasses vom 5. Juli 1935⁵⁾. [GVE. 85.]

Gesetz zur Änderung des Lebensmittelgesetzes. Vom 11. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1430). Durch die Neuerung hat insbesondere der § 5, der die Handhabe zu Ausführungsbestimmungen gibt, in sachlicher Hinsicht eine beträchtliche Ausweitung erfahren. So können jetzt die Herstellung und der Vertrieb bestimmter Lebensmittel von einer Genehmigung abhängig gemacht sowie eindeutige Vorschriften über die Herstellung und Zusammensetzung der einzelnen Lebensmittel herausgegeben, ferner Bestimmungen getroffen werden über die lebensmittelgewerblichen Räume und über die Personen, die im Lebensmittelgewerbe beschäftigt sind. Ferner ist neu, daß der Reichsminister des Innern ermächtigt ist, von den Bestimmungen des Gesetzes und seiner Verordnungen Ausnahmen zu treffen, und zwar vorübergehend, wenn es die Wirtschaftslage erfordert⁶⁾, und im übrigen für Erzeugnisse, die für die Ausfuhr bestimmt sind⁷⁾. Auch die Genehmigung zur Herstellung von Lebensmitteln auf dem Versuchswege gibt jetzt der Reichsminister des Innern⁸⁾. [GVE. 95.]

Neues Maß- und Gewichtsgesetz, vom 13. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I, S. 1499). Auf den Inhalt und die Bedeutung des Gesetzes für die Chemie wird an Hand der amtlichen Begründung noch besonders zurückgekommen werden. [GVE. 98.]

Druckgasverordnung. Preußen. Polizeiverordnung über die ortsbeweglichen geschlossenen Behälter für verdichtete, verflüssigte und unter Druck gelöste Gase. Vom 2. Dezember 1935 (Preuß. Gesetz. S. 152). Es gelten: a) als verdichtete Gase alle Gase, deren Überdruck 1 kg/cm² bei 15° C übersteigt, b) als verflüssigte und unter Druck gelöste Gase alle Gase, deren Dampfüberdruck 1,25 kg/cm² bei 40° C übersteigt. Von diesem Geltungsbereich sind ausgenommen u. a. Wehrmacht und Reichsbahn-Gesellschaft. Im übrigen enthält die Verordnung vor allem Bestimmungen über den Werkstoff, den Bau und die Ausrüstung der Behälter, ihre Kennzeichen und Prüfung, die Füllung und den Betriebsdruck, die Sachverständigen sowie die Kosten der Prüfung. [GVE. 99.]

Sommersprossensalbe. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 15. November 1935 (R.-Gesundh.-Bl. 1936 Nr. 1 S. 2). Es bestehen keine Bedenken, daß Sommersprossensalbe mit einem Quecksilberpräzipitatgehalt von höchstens 5 % auch außerhalb der Apotheken abgegeben werden, sofern sie ausschließlich als Mittel zur Beseitigung von Sommersprossen feilgehalten werden und als solche ausdrücklich kenntlich gemacht sind. — Eine endgültige Regelung dürfte durch das kommende neue Farbensgesetz oder durch das künftige Arzneimittelgesetz erfolgen. [GVE. 3.]

⁵⁾ Vgl. diese Ztschr. 48, 655 GVE. 76, IV [1935].

⁶⁾ Bisher war in solchen Fällen der Weg beschritten worden, die mit der Lebensmittelüberwachung betrauten Behörden und Untersuchungsanstalten anzuweisen, von Beanstandungen abzusehen.

⁷⁾ Vgl. Merres, Lebensmittelgesetzgebung und Ausfuhr, Chem. Industrie 56, 98 [1933].

⁸⁾ Vgl. zur Geschichte dieser Bestimmung: Merres, Eine wichtige Änderung des Lebensmittelgesetzes, Angew. Chem. 45, 44 [1932]; 46, 133 GVE. 103 [1933]; 46, 236 GVE. 104 [1933].

Erfindungshöhe. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung⁹⁾ I. Zivilsenat vom 29. Mai 1935 I. 167/33 kann eine Erfindung darin liegen, daß zu einem bekannten Zweck ein bekannter Stoff verwendet wird, wodurch wesentliche technische Vorteile erreicht werden. Bisher hatte man diese Vorteile nicht erkannt und zu dem angegebenen Zweck noch nicht dienstbar gemacht.

Es handelt sich um das mit Priorität vom 22. März 1929 erteilte Patent 551653 auf eine Windschutzscheibe für Kraft- und andere Fahrzeuge. Die Scheibe besteht aus gehärtetem Glas, das bei Bruch in kleine ungefährliche Stücke zerfällt.

Die Klägerinnen beantragen Nichtigkeit des Patents, weil gehärtetes Glas mit solchen Eigenschaften bekannt war. Die Beklagten erwidern, es sei nur solches Hartglas bekannt gewesen, das bei Bruch splittert, also für den angegebenen Zweck unbrauchbar sei. Das Reichspatentamt hat das Patent für nichtig erklärt. Auf Berufung der Beklagten hin wies das Reichsgericht die Nichtigkeitsklage ab.

In den Gründen heißt es u. a. „Es gehörte ein besonders glücklicher Gedanke dazu, eine Verwendung des gehärteten Glases vorzuschlagen, die man so lange für unmöglich oder doch unzweckmäßig gehalten hat“. [GVE. 1.]

Ein wesentliches Erfordernis einer patentschutzfähigen Erfindung. Nach einem Urteil des Reichsgerichts, I. Zivilsenat, vom 30. März 1935 I. 96/34¹⁰⁾ ist Grundbedingung einer patentschutzfähigen Erfindung, daß der äußere ursächliche Zusammenhang, vermöge dessen die technische Wirkung eintritt, offenbart und erkannt ist. Bei dem Urteil handelt es sich um eine Nichtigkeitsklage gemäß P. G. § 10 Abs. 1 gegen das Patent 527061 vom 8. Juni 1928 für eine Lamellenkupplung. Die Klage stützt sich darauf, daß Anspruch 1 nur eine Aufgabe enthalte, ohne die Mittel zur Lösung anzugeben; was er vorschlage, sei praktisch unausführbar. Das Patentamt hat das Patent für nichtig erklärt. Das Reichsgericht hat diese Entscheidung bestätigt. Die durch das Patent angestrebte Wirkung bleibt im Bereiche der Aufgabe, ohne daß der Anspruch nebst dem übrigen Inhalt der Patentschrift die Mittel angibt, sie zu lösen. Damit eine patentschutzfähige Erfindung vorliege, muß der Erfinder den äußeren Ursachenzusammenhang, vermöge dessen die technische Wirkung eintritt, erkannt und offenbart haben. [GVE. 92.]

Sach- oder Verfahrenspatent. Für die Frage, ob ein Sach- oder Verfahrenspatent vorliege, ist die Fassung des Patentspruchs nicht schlechthin maßgebend. Ein Patent kann daher im Rechtsstreit um seine Verletzung in eine andere Patentgattung verwiesen werden, als die Erteilungsbehörde sie angenommen hat. Der Kläger hat ein Patent vom 24. 10. 1928, Nr. 497567, für ein Verfahren zur Herstellung von Hülsen, Spulen usw. aus Blech; der Beklagte das Patent Nr. 571032 vom 28. 10. 1930 für eine Vorrichtung zum Herstellen von Blechhülsen. Der Kläger verlangt Abhängigkeitserklärung des späteren Patentes von dem seinigen¹¹⁾.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht hat ihr im wesentlichen stattgegeben. Die Revision der Beklagten führte zur Aufhebung und Zurückverweisung. In den Gründen heißt es, daß das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung ausgesprochen habe, daß die Fassung des Patentspruchs für die Frage, ob ein Sach- oder ein Verfahrenspatent vorliegt, nicht unbedingt maßgebend ist. (Krausse, Anmerkung 3c zu § 1 Pat.-Ges. — Pietzher, Anmerkung 22 zu § 10 Pat.-Ges.) Es kann deshalb ein Patent in dem Rechtsstreit um seine Verletzung einer anderen Patentkategorie zugewiesen werden als es von seiten der Patenterteilungsbehörde geschehen ist. [GVE. 87.]

Auslandspriorität. Gemäß Artikel 4 des Unionsvertrages kann der Anmelder die Priorität einer seiner früheren Anmeldungen (und zwar der zuerst eingereichten) für denselben Gegenstand beanspruchen. Alles, was zwischen dieser früheren Anmeldung und der, für die die Priorität beansprucht wird, an Vorveröffentlichungen herausgekommen ist, wird nicht berücksichtigt, sowohl bei der Prüfung als auch im Prozeßverfahren. Das Recht der Priorität hat der Anmelder, wenn

⁹⁾ Markenschutz und Wettbewerb 1935, 392.

¹⁰⁾ Markenschutz und Wettbewerb 1935, 311.

¹¹⁾ Markenschutz und Wettbewerb 1935, 368.

er Staats- oder Gebietsangehöriger eines zur Union gehörigen Staates ist. Dieses Recht hat er für alle Unionsstaaten. Es ist gleichgültig, wo er zuerst anmeldet. Die Prioritätsfrist beträgt 12 Monate. Zum Nachweis der Priorität ist in vielen Ländern ein sog. Prioritätsbeleg, beglaubigte Kopie der ersten Beschreibung im ersten Land, beizubringen.

Nach einer Entscheidung des 13. Beschwerdesenats des Reichspatentamtes berücksichtigt das Amt die Priorität nicht, wenn der Anmelder trotz Aufforderung die verlangten Prioritätsbelege nicht beibringt. Maßgebend ist dann der Anmeldetag¹²⁾. [GVE. 86.]

Völlige Vorwegnahme und technischer Überschuß. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 9. März 1935, Aktenz. T. 256/34¹³⁾, darf der Inhalt einer Vorveröffentlichung

¹²⁾ Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen 1935, 148.

¹³⁾ GRUR 1935, S. 508.

PERSONAL- UND HOCHSCHULNACHRICHTEN

(Redaktionsschluß für „Angewandte“ Mittwochs,
für „Chem. Fabrik“ Sonnabends.)

Prof. Dr. O. Diels, Direktor des Chemischen Instituts und Ordinarius für organische Chemie an der Universität Kiel, Inhaber der „Adolf-Baeyer-Denkünze“ des Vereins deutscher Chemiker, feierte am 23. Januar seinen 60. Geburtstag.

Ernannt: Dr. P. Jordan, a. o. Prof. für theoretische Physik an der Universität Rostock (Quantenmechanik und Quantenelektrodynamik), zum o. Prof. in der Philosophischen Fakultät dortselbst. — Dr. A. Kliegl, planmäßiger a. o. Prof. für pharmazeutische Chemie in der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen, zum o. Prof. dortselbst. — Dr. K. Maurer, Doz. an der Universität Jena, zum nicht-beamteten a. o. Prof. für Chemie. — Dr. R. Mentzel, a. o. Prof., Abteilungsleiter am Kaiser Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie, Berlin-Dahlem (Technisch-chemische Abteilung), Referent im Kultusministerium, Abteilungsleiter Wehrchemie, zum o. Prof. in der Fakultät für allgemeine Technologie der Technischen Hochschule Berlin.

Prof. Dr. K. Ziegler, Heidelberg, wird Februar und März d. J. an der University of Chicago Gastvorlesungen über seine verschiedenen Arbeitsgebiete halten (Freie Radikale, alkaliorganische Verbindungen, vielgliedrige Ringe).

Gestorben: Dipl.-Ing. R. Heitmann, Chemiker, Hannover, am 4. Dezember 1935. — Generaldirektor A. Herbig, Vorstand der Herbig-Haarhaus A.-G., Lackfabrik, Köln-Bickendorf, am 17. Januar im Alter von 59 Jahren.

Ausland.

Verliehen: A. F. Westgren, Prof. für allgemeine und anorganische Chemie an der Universität Stockholm und Vorstand der theoretischen Abteilung des metallographischen Instituts, anlässlich der Hauptversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereins für seine röntgenographischen Arbeiten auf dem Gebiet der Metalle die Wilhelm-Exner-Medaille.

Ernannt: H. J. Mitchell zum Präsidenten der Imperial Chemical Industries, London, als Nachfolger des verstorbenen Lord Reading.

Gestorben: Hofrat Prof. Dr. J. Zellner, a. o. Prof. der Universität Wien und ehemaliger Direktor der Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie, Wien, am 27. Dezember 1935 im Alter von 65 Jahren.

VEREIN DEUTSCHER CHEMIKER

AUS DEN BEZIRKSVEREINEN

Bezirksverein Württemberg. Sitzung am Freitag, dem 8. November 1935, 20 Uhr c. t. im Hörsaal des Laboratoriums für anorganische Chemie der Technischen Hochschule Stuttgart. Leitung: Chemierat Dr. Schrempf. Beteiligung: 65 Personen.

nur so berücksichtigt werden, wie er vorliegt. Der fachmännische Leser darf sie aus seinem sonstigen technischen Können nicht ergänzen, soweit es sich nicht um glatte Äquivalente handelt. — Das Gericht kann in jeder Lage des Rechtsstreits auf weitere Zuziehung des bereits angehört Sachverständigen verzichten.

Es handelt sich um die angebliche Verletzung des Patent 430545 für einen Abraumkippenförderer.

In den betreffenden Entscheidungsgründen heißt es u. a., daß das Kammergericht mit Recht davon ausgeht, daß als Grundlage für die Entwicklung des Schutzzumfanges des Klagepatentes der aus der Patentschrift zu entnehmende und im Anspruch unter Schutz gestellte Erfindungsgedanke festzustellen ist, der sich aus der im Patent gelösten Aufgabe und der daselbst offenbarten Lösung ergibt.

Ferner, daß für die Ermittlung des Standes der Technik eine ältere Patentschrift keine andere Bedeutung hat als eine sonstige druckschriftliche Vorveröffentlichung. [GVE. 81.]

Prof. Dr. R. Fricke, Stuttgart: „Über das Zustandekommen periodischer (Liesegangscher) Fällungen.“

Vortr. berichtete zunächst kurz über verschiedene Theorien, welche zur Erklärung periodischer (Liesegangscher) Fällungen aufgestellt worden sind. Weit aus die meisten dieser Theorien entbehren breiterer quantitativer experimenteller Grundlagen. Sodann ging Vortr. kurz auf die Diffusionsgesetze nach Fick ein und zeigte, welche Konzentrationskurven bei der Ausbildung periodischer Fällungen zu erwarten sind. Danach besprach er Untersuchungen (mit J. Lücke und K. Meyring) an periodischen Fällungen, welche durch Eindiffusion von Salpetersäure in mit Bariumnitratlösung gefüllte enge Röhren entstehen¹⁾.

Ähnliche Ergebnisse erhielt Vortr. (mit Schöenemann und Albers) bei dem System Kochsalz—Salzsäure. Doch waren hier nur sehr kleine Übersättigungen nachzuweisen. Schon nach Eintritt sehr geringer Übersättigungen bilden sich in diesem System Kochsalzkristalle. Beobachtet wurde eine sehr lebhaft Austauschdiffusion von Natrium- und Wasserstoffionen, welche sich dem Eindiffundieren der Salzsäure überlagert.

Die Untersuchungen an diesen beiden Systemen bestätigen frühere Befunde von Fricke und Suwelack²⁾ an dem System Magnesiumchlorid—Ammoniak in Agar-Gallerte. Auch hier durchlief das Ionenaktivitätsprodukt $(Mg^{++})(OH^-)_2$ jeweils von der letzten Magnesiumhydroxydfällung aus in das Röhren hinein ein Maximum. Auch dieses Maximum verschiebt und erhöht sich mit fortschreitender Diffusion solange, bis eine spontane Neufällung entsteht. Allerdings ist in diesem System der Einfluß des „Reaktionselektrolyten“ (NH_4Cl), welchem Wo. Ostwald³⁾ eine ausschlaggebende Bedeutung für die periodischen Fällungen zuschreibt, besonders groß, während bei den beiden zuerst genannten Systemen ein „Reaktions-elektrolyt“ gar nicht auftritt.

Zum Schluß besprach Vortr. kurz noch neuere Arbeiten von E. B. Hughes⁴⁾, welcher in sehr sorgfältigen Untersuchungen an verschiedenen Systemen die Befunde des Vortr. bestätigen und theoretisch erweitern konnte.

Ortsgruppe Königsberg. Sitzung vom 22. Nov. 1935. Vorsitzender: Prof Dr. R. Schwarz. Teilnehmerzahl: 80.

Prof. Trautz, Rostock: „Die Vorstellungen über das chemische Reaktionsereignis.“

Nachsitzung: Berliner Hof.

Bezirksverein Südbayern. Sitzung vom 13. Dezember 1935. Vorsitzender: Prof. Dr. K. Täufel. Teilnehmerzahl: 50. Dipl.-Ing. H. Kemenater, München: „Technik und Wirtschaft.“

¹⁾ Vgl. diese Ztschr. 46, 451 [1933].

²⁾ Z. physik. Chem. Abt. A. 124, 359 [1926].

³⁾ Vgl. z. B. Kolloid-Z. 36, Ergänzungsband 380 [1925].

⁴⁾ Biochemical J. 28, 1086 [1934] u. Kolloid-Z. 71, 100 [1935] u. 72, 212 [1935].